

# Ökologie & Kapitalismus

*Radikaldemokratisch, emanzipatorische Politik muß sich bei der Entwicklung radikaler Reformperspektiven nicht nur über die sozialen, sondern auch die ökologischen, Folgen wirtschaftlichen und politischen Handelns bewußt sein.*

*Ziel dieses Faliblattes ist es zu zeigen, daß, so lange eine Gesellschaft am kapitalistischen Wirtschaftssystem festhält, der Schutz der Umwelt nur lückenhaft sein kann. Es ist nicht Ziel zu begründen, wieso der Mensch die Umwelt schützen muß<sup>1</sup>. Daß die stofflichen Ressourcen der Erde endlich sind und die Belastbarkeit der Natur begrenzt ist, erscheint uns als eine offensichtliche Tatsache, so daß wir eine Begründung dessen für NICHT nötig halten.*

*Ein Primat der Ökologie gegenüber der Emanzipation des Menschen lebnen wir ab und wenden uns gegen alle Ideen, mit dem Vorwand des Umweltschutzes autoritäre Politik zu begründen!*

## Ein nicht auflösbarer Widerspruch...

Das kapitalistische Wirtschaftssystem basiert auf der Produktion und Aneignung von Mehrwert. Es ist nicht Sinn und Zweck der Produktion, die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Sie ist auf Kostenminimierung und Absatzmaximierung ausgerichtet.

Kostenminimierung bedeutet, daß Unternehmen gezwungen sind, Güter nicht auf die nach Stand der Technik umweltverträglichsten, sondern auf die billigste Weise zu produzieren. Soziale und ökologische Folgekosten der Produktion gehen weder in die Kalkulation des Unternehmers noch schlußendlich in den Marktpreis ein.

Güter wie Luft, Gewässer oder Natur<sup>3</sup> im Allgemeinen können frei genutzt werden. Ihr Verbrauch oder ihre Zerstörung geht nicht in die Preisbildung ein.

So gut wie nie ist es dabei für Unternehmen kurzfristig wirtschaftlich sinnvoll, ökologisch zu produzieren. Ein einzelner Unternehmer hat auch nicht die Möglichkeit, aus ethischen Gründen freiwillig teurer zu produzieren, wenn er konkurrenzfähig bleiben will<sup>4</sup>.

Im Sinne der Absatzmaximierung ist es für UnternehmerInnen sinnvoll, kurzlebige Güter herzustellen. Langlebigkeit von Gütern ist nur für die wenigsten Menschen ein entscheidendes Kaufargument.

Ein Nullwachstum ist im Kapitalismus nach Meinung der meisten Ökonomen nicht realisierbar: Die Konkurrenz zwischen den Unternehmen zwingt sie dazu, die Produktivität ständig zu steigern. Dies hat zur Folge, daß entweder weitere Menschen arbeitslos werden, oder neue Produktionsstätten aufgebaut werden, was zum einem zum Wachstum des Sozialproduktes, zum anderen aber auch zu größerem Umweltverbrauch führt. In den meisten Fällen sind Steigerungen der Produktivität auch mit zusätzlichem Energieverbrauch, also auch mit mehr Umwelterstörung verbunden.

Eine weitere Folge des Wachstums ist die Durchkapitalisierung immer weiterer Lebensbereiche<sup>5</sup>, die dann nicht mehr von den ethischen Entscheidungen einzelner sondern von den Gesetzen des Marktes bestimmt werden.



# Was tun ?

Eine zügige Überwindung der Kapitalistischen Produktionsweise ist nicht zu erwarten. Von andere Wirtschaftssystem, die schon "erprobt" sind, z.B. vom Staatssozialismus oder von der Subsistenzwirtschaft<sup>6</sup> ist auch keine Lösung zu erwarten.

Deshalb kommt es darauf an, sich für ein umfassendes soziales und ökologisches Programm einzusetzen. Dabei dürfen die Grenzen der einzelne Maßnahmen und die grundsätzlichen Fehler des Wirtschaftssystems nicht vergessen werden.

Die Umweltbewegung hat verschiedene, mehr oder weniger taugliche Maßnahmen vorgeschlagen:

## KonsumentInnenmacht - Ansetzen beim Einzelnen ?

Umweltfreundlichen Verhalten des einzelnen wird von weiten Teilen der Umweltbewegung als entscheidender Schritt auf dem Weg zu einer ökologischen Gesellschaft gesehen. Dies schlägt sich z.B. in den Studien des Wuppertal Instituts<sup>7</sup> nieder, wo der gesamte Umweltverbrauch einer Gesellschaft auf Bedürfnisbereiche<sup>8</sup> einzelner EndverbraucherInnen umgerechnet wird.

Der Kauf umweltfreundlicher Produkte durch eine möglichst große Zahl von BürgerInnen soll zum einen dazu dienen, direkt die Umweltzerstörung zu reduzieren, zum anderen sollen Unternehmen dazu zwingen, unökologische Produkte vom Markt zu nehmen und statt dessen ökologisch sinnvollere Alternativen zu präsentieren.

Es ist aber einer bittere Tatsache, daß in der BRD nur die wenigsten Menschen entweder genügend Geld oder Zeit haben, um ihre Reproduktion durchweg mit ökologischen Produkten zu bestreiten. Außerdem ist ein hoher Informationsstand erforderlich, um in allen Bereichen die ökologischen Eigenschaften von Produkten zu bewerten.

Auch an der Grundannahme, der KonsumentInnen-souveränität, muß Kritik geübt werden. Die These, daß die Umweltzerstörung durch individuelle Kaufentscheidungen beendet werden kann, ist grundsätzlich abzulehnen, nicht zuletzt weil für bei weitem nicht alle Produkte ökologische Alternativen angeboten werden, geschweige denn sie überall zu kaufen sind. Die Konsumenten entscheiden mit ihrem Kaufverhalten eher, welches Produkt aus einem von den ProduzentInnen vorgegeben Sortiment sich am Markt durchsetzt.

*Somit bieten auch individuelle (Kauf-)Entscheidungen keinen Ansatzpunkt für ökologische Politik!*

## Neoklassische Umwelttheorie

Für AnhängerInnen dieser Theorie ist zuviel Staat und zu wenig Markt Ursache der Umweltzerstörung. Sie fordern, alle bisher freien Güter zu privatisieren. Die Grundlegende Annahme dieser Theorie ist als Theorem von Coase bekannt: "Externe Effekte werden im Zuge freiwilliger Verhandlungen der Beteiligten effizient internalisiert, wenn im System vollständig definiertes Eigentumsrecht im Bezug auf ein kollektives (freies) Gute besteht"<sup>10</sup>. Wieso sollte aber der Besitzer eines Stück Rheins, der vielleicht in London wohnt, ein größeres



Interesse an seiner Reinhaltung haben, als die AnwohnerInnen, die das Uferfiltrat trinken müssen... Wie sollte wohl eine Privatisierung der Ozonschicht aussehen..... Diese Übertragung von Adam Smiths Idee von der Identität von Eigen- und Gesamtinteresse von der ökonomischen auf die ökologische Effizienz wirkt bei dieser Betrachtung grotesk. In der Politik wie in der Wirtschaftstheorie sind solche Ideen aber durch aus verbreitet: Beispielsweise in der Idee, daß die beste Garantie für den Schutz des Regenwaldes seine Privatisierung und wirtschaftliche Nutzung ist, was nichts an ihrer Falschheit ändert. Von der neoklassischen Umwelttheorie können wohl keine Lösungen für Umweltprobleme erwartet werden.

<sup>1</sup> Eine mögliche, demokratietheoretische Begründung wäre, daß Entscheidungen, die eine nicht reversible Zerstörung<sup>1</sup> der Umwelt zur Folge haben, prinzipiell undemokratisch sind, da demokratische Entscheidungen notwendiger Weise revidierbar sein müssen.

<sup>2</sup> Die Erfindung des Replikators wird wohl noch lange auf sich warten lassen....

<sup>3</sup> sei es als Rohstoff oder Müllkippe

<sup>4</sup> Es soll nicht in Frage gestellt werden, daß dies in einzelnen Bereichen gelungen ist, wo "ökologische" Produkte als solche beworben werden (Bioland, transfair). Mehr dazu im Abschnitt "KonsumentInnenmacht?!"

<sup>5</sup> z.B. Pflegeheim & Pflegeversicherung statt Pflege in der Familie

<sup>6</sup> bedeutet Produktion für den unmittelbaren Lebensunterhalt. JederR soll wieder alle Tätigkeiten ausführen, die Arbeitsteilung wird aufgegeben.

<sup>7</sup> beispielsweise "Zukunftsfähiges Deutschland" [1995] oder die Vorgänger Studie "sustainable netherlands"

<sup>8</sup> bei Mobilität, Ernährung udgl. Funktioniert dies noch vergleichsweise einfache, bei anderen Bereichen, Militär und Polizei beispielsweise, sind dafür einige Klimmzüge erforderlich...

<sup>9</sup> Unter der "Internalisierung externer Kosten" versteht mensch politische Maßnahmen, die Unternehmen und Einzelpersonen dazu zwingen, in ihrer Kalkulation nicht nur die Kosten die IHNEN unmittelbar entstehen zu berücksichtigen, sondern auch Folgekosten, die der ganzen Gesellschaft oder anderen Entstehen, wie z.B. Umweltschäden.

<sup>10</sup> aus Prittwitz: Umweltpolitik als Modernisierungsprozeß (S. 31)

<sup>11</sup> siehe Abschnitt "Grundsätzliches"

<sup>12</sup> Weltkommission für Umwelt & Entwicklung: Unsere gemeinsame Zukunft

<sup>13</sup> ein Beispiel von vielen: "Jobs aus der Zapfsäule" Plakat der Bremer Grünen

<sup>14</sup> oder bei der derzeitigen Diskussion um eine Besteuerung des Energieverbrauchs oder des CO2 Ausstoßes

<sup>15</sup> Memorandum 1996: Seite 195

<sup>16</sup> Memorandum 1996: Seite 203

<sup>17</sup> und Kapitalfeindliches

# Okokeynsianismus

Dieses innerhalb der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie verbreitet umwelt-ökonomische Konzept erkennt das ökologische Versagen des Marktes ausdrücklich an, auch wenn es den Markt als solches nicht in Frage stellt.

Gefordert wird ein öffentliches Investitionsprogramm, um Ökologische Infrastruktur (Verkehrswege, Entsorgungs,...) und ökologische Produktionszweige aufzubauen. Im Gegensatz zur, auf Überproduktionskrisen bezogen Theorie von J.M. Keynes soll das staatliche Programm dauerhaft sein, und nicht durch staatliche Verschuldung finanziert werden, die nach Ende der ‚Krise‘ zurückgezahlt werden.

Häufig verbunden ist das Konzept mit der Idee des qualitativen Wachstums: Die heutige quantitative Vorstellung von (Wirtschafts-)Wachstum, Wachstum des BSP (Bruttosozialprodukt), soll durch qualitative soziale und ökologische Vorstellungen von Wachstum ersetzt werden. Über die genaue Ausgestaltung und den Weg dahin sind sich die AutorInnen uneinig.

Zum Teil wird von einer Schrumpfung oder dem Stillstand des BSP ausgegangen (bei gleichzeitiger Verminderung der Umweltbelastung). Die meisten TheoretikerInnen gehen jedoch von einem verlangsamt Wachstum oder einem Wachstum, was sich auf ökologisch unbedenkliche Wirtschaftszweige konzentriert, aus. Diese Form von qualitatives Wachstum kann besten Falls einen Aufschub bringen. Unklar bleibt auch, wie ein solches Konzept im Kapitalismus realisiert werden soll<sup>11</sup>. Umweltschutz wird primär als technische Maßnahme gesehen, andere, weniger umwelt- und energieintensive Lebensstile werden nicht berücksichtigt.

## Nachhaltige Entwicklung

Das Wort „nachhaltig“ hat sich in alternativen Kreisen zu einem Lieblingswort entwickelt. Das Konzept der „Nachhaltigkeit“ stammt ursprünglich aus der Forstwirtschaft und besagt, daß nur so viel Holz in einem Zeitraum eingeschlagen werden, wie gleichzeitig nachwächst. In die umweltpolitische Diskussion hat es spätestens mit dem Brundlandbericht von 1987 Einzug gehalten. Als Meßlatte für ökologische Nachhaltigkeit wird gesehen, daß „die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt werden, ohne zu riskieren, daß zukünftige Generationen ihre Bedürfnisse nicht befriedigen können“<sup>12</sup>.

Das Prinzip der Nachhaltigkeit ist zunächst nur ein reiner Wertmaßstab und eignet sich zur Beurteilung der ökologischen Auswirkungen von Maßnahmen. Konkrete (Wirtschafts-)Konzepte sind nicht damit verbunden. In Gefahr, die im Begriff der Nachhaltigkeit liegt, ist Umweltpolitik als reine Optimierungs- und Organisationsaufgabe zu sehen. Dies ist zwar hilfreich, für kurzfristige politische oder technische Maßnahme. Von den Ursachen der Umweltzerstörung wird jedoch abgelenkt.



## Internalisierung externer Kosten - Ökosteuern

Die wohl bekannteste Maßnahme, um die Internalisierung ökologische Kosten zu erzwingen, ist die Einführung einer Ökosteuer. Im Bezug auf die betriebswirtschaftliche Logik sind Öko-Steuern auf jeden Fall ein notwendiger Ansatz, aber auch die Grenzen müssen, angesichts der „Ökosteuerbesoffenheit“ einiger Gruppen<sup>13</sup>, deutlich aufgezeigt werden:

Es ist unmöglich Natur und Umwelt vollständig in Wert zu setzen. Dieses ist aber immer erforderlich, wenn Umweltschäden in Geld ausgedrückt werden sollen. Außerdem ist alles Wirtschaften mit Umweltbelastung verbunden. Das Kriterium der Nachhaltigkeit als „Umweltfreundlichkeit“ ist kaum abzustecken.

Auch wenn Ökosteuern zu weniger schädlichem Wirtschaften führen, ist immer die Frage zu stellen, ob das „weniger schädlich“ nicht immer noch zu viel ist. An Profitorientierung und Wachstum werden Ökosteuern rein gar nichts ändern.

Ökosteuern sind auf jeden Fall immer dann als Instrument abzulehnen, wenn es darum geht Stoffe und Produkte ganz vom Markt zu drängen. Hier ist ein Verbot klar das wirkungsvollere Mittel.

Bei Stoffen, deren Produktion nicht ganz eingestellt sondern nur reduziert werden soll<sup>14</sup>, sind Ökosteuern ein geeignetes Mittel. Die sozialen Auswirkungen müssen jedoch berücksichtigt werden: Als Ausgleich ist entweder eine negative Einkommenssteuer zum Ausgleich oder ein Pro-Kopf auszuzahlendes Ausgleichsgeld zu fordern. Letzteres wäre der Kompensation über die Einkommenssteuer<sup>15</sup> vorzuziehen, da so auch BezieherInnen von Sozialhilfe, BAFÖG, udgl erfaßt würden.

Außerdem ist zu fordern, daß die eingenommen Gelder zweckgebunden verwendet werden: Weder zur Deckung allgemeiner Löcher im Staatshaushalt, noch zur Senkung der Lohnnebenkosten zur Subventionierung arbeitsintensiver gegenüber energieintensiver Tätigkeiten mit dem Ziel der Schaffung von Billiglohnjobs. Zu fordern ist eine Nutzung der Einnahmen (neben den Ausgleichszahlungen) zur Entwicklung und Erforschung von Techniken und Verfahren zum Schutz der Umwelt(regenerative Energien, energiesparende Technologie,...), zum Aufbau von ökologischer Infrastruktur(Flächenbahn, Entsorgung, udgl.) und für andere Maßnahmen mit ökologischer Zielsetzung<sup>16</sup>.

Die Forderung nach Aufkommensneutralität als Selbstzweck ist abzulehnen, genauso wie eine dauerhafte Befreiung oder Entlastung von großen Teilen der Industrie von der Ökosteuer.

Analoges gilt für alle Maßnahmen, die Umweltschutz auf „marktwirtschaftlichem“ Wege erreichen wollen, so z.B. für die Einführung von Umweltlizenzen: Der Industrie wird eine gewisse Zahl von Lizenzen zur Freisetzung von Umweltgiften gegeben, die untereinander an einer Börse gehandelt werden. Die Zahl der Lizenzen sinkt von Jahr zu Jahr, so daß die Preise für die Umweltverschmutzungsrechte steigen und ein Druck zur Umstellung auf ökologische Produktionsverfahren entsteht. Die Wirksamkeit dieses Modells ist zu bezweifeln, nicht zuletzt wegen der mangelnden Kontrollierbarkeit und der Bevorzugung von Großunternehmen.

# Daraus folgt für uns

Das beschlossene Ökosteuerkonzept von Rot-Grün lehnen wir ab: Es ist sozial unausgewogen und bedeutet eine Umverteilung von unten nach oben. Genauso abzulehnen ist die Befreiung der Industrie von 80% der Steuer. Die Höhe der Steuer ist zu gering, um ein ökologisches Umsteuern zu erzwingen.

## Heute muß ökologischer Fortschritt gegen die Interessen des Kapitals durchgesetzt werden, d.h. fordern wir

- ein sozial ausgewogenes<sup>17</sup> System von Ökosteuern
- aktive ökologische Industrie- und Ordnungspolitik. Maßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen in ökologisch sinnvollen Branchen
- Offenlegung von Umweltdaten für VerbraucherInnen; interessenunabhängige Umweltverträglichkeitsprüfungen und - Bilanzierungen.
- Wirtschaftliche Demokratisierung und Schaffung kleinräumiger Strukturen
- Die Industrienationen haben die Pflicht, ökologische Vorleistungen notfalls im nationalen Alleingang zu erbringen. Ökologisches Dumping muß - genauso wie soziales D.- verhindert werden.

---

## Coupon

- o Nehmt mich in den Verteiler Eurer Zeitungen auf - kostenlos!
- o Ladet mich doch mal zu Veranstaltungen und Seminaren ein!
- o Ich will mehr über Euch wissen. Schickt mir ein ausführliches Infopaket!

Name: ..... Telefon: .....

Anschrift: ..... Alter: .....

E-mail: ..... Beruf: .....

### Einsenden an:

JungdemokratInnen/ Junge Linke NRW  
Herner Str. 79, 44791 Bochum  
Tel.: 0234 / 579 678 -49, Fax: -50  
Email: [info@jungdemokratinnen.de](mailto:info@jungdemokratinnen.de)  
Internet: [www.jungdemokratinnen.de](http://www.jungdemokratinnen.de)

**JungdemokratInnen/ Junge Linke NRW**

